

Einmal wöchentl. Bezugspreis: für Juli 2 R.-M. auschl. Lieferung. Berechnung der Angelegen nach Rent.-Mark. Preise: Die eingehaltene Zeitseite 20 R., f. Familien- u. Vereinsanz., Gesuche 20 R. Die Zeit-Stellkarte 20 R. mm breit, 1 R. Öffertengesche für Selbstabholer 20 R., bei Übersezung d. d. Post außerdem Porto- zuzahlt. Preis f. d. Einzelnummer 10 Rents.-Pennig. Geschäftlicher Teil: Josef Schumann, Dresden.

# Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Redaktionssitz der Sächsischen Volkszeitung und  
Druck und Vertrieb: Augsburg-Weidner'sche Druckerei Gödöllö,  
Dresden-M., Goldeneckstraße 66, Kreisamt 32722, Post-  
telefon-Dresden 14757

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung  
Dresden-M., Goldeneckstraße 66, Kreisamt 32722  
und 32638

## Zentrum und Bayrische Volkspartei

Wie wir bereits mitgeteilt haben, haben sich die Verhandlungen der jüngsten Tagung des Reichsparteivorstandes in Berlin auch mit der Frage befasst, Zentrum und Bayrische Volkspartei wieder in eine engere Verbindung zu bringen. Die Erörterungen gründeten sich auf die in Bamberg zwischen führenden Persönlichkeiten des Zentrums und der Bayrischen Volkspartei stattgefandene Versprechung. Der Reichsparteivorstand hat diese Versprechungen und ihre Tendenz einmütig gutgeheißen. Man geht dabei in der Leitung der Zentrumspartei von dem Gebannten aus, das ist zu streben, daß die schaffende Schaffens- und Arbeitsgemeinschaft im Reichstag wieder hergestellt wird, um damit möglichst die Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung der beiden Parteien zu schaffen. Dieses Ziel werden schon in den kommenden Tagungen des Reichstages besondere Maßnahmen dienen, die dazu bestimmt sind, eine engeren Füllung zwischen den beiderseitigen Fraktionen des Reichstages herbeizuführen. Zu diesem Zwecke werden gemeinsame Besprechungen über das geeignete einheitliche Vorgehen bei prinzipiellen politischen Fragen wie auch bei speziellen gesetzgeberischen Angelegenheiten in Frage kommen. Die Selbständigkeit der beiderseitigen Organisationen im Lande wird dabei in keiner Weise berührt, aber es liegt auf der Hand, daß von beiden Seiten danach getrachtet wird, die im Zuge befindliche Annäherung nicht durch Ereignisse oder Schwierigkeiten von außen zu stören.

In allen Parteiteilen wird diese Situation, wie sich auf Grund der Bamberger Versprechungen, und nunmehr der Stellungnahme des Reichsparteivorstandes der Zentrumspartei ergeben hat, sicherlich aufrecht begrüßt werden. Weitere Versprechungen in dieser Angelegenheit seitens der beiderseitigen führenden Persönlichkeiten werden noch im Laufe dieses Monats wiederum in Bamberg stattfinden.

### Der kommende Reichsparteitag des Zentrums

Der Beschluß des Reichsparteivorstandes, der dieser Tage in Berlin tagte, in den Tagen vom 4. bis 6. Oktober einen Reichsparteitag der deutschen Zentrums- partei zu halten, wird im ganzen Lande freudige Zustimmung auslösen. Doch mit diesem Parteitag auch der schon einmal verschobene Parteitag der Preußischen Zentrumspartei verbunden wird, darf ebenso begrüßt werden wie die Wahl des Tagungsortes, für den Zulda in Betracht kommt.

Seitdem der Reichsparteitag abgehalten wurde, hat sich die Reichspolitik vielfältigen Wandlungen unterzogen müssen. Auch die Stellung der Zentrumspartei hat bei aller prinzipiellen Geschlossenheit und Gründlichkeit in den wechselnden Situationen harte Prüfungen bestehen müssen. In der allerkritischsten Zeit für Land und Volk, der der Inflation und ihrer Rote, einer

Zeit, an die man heute nur noch mit Schrecken zurückdenkt, hat der Führer der Deutschen Zentrumspartei die Flügel der Reichsleitung ergreift. Damit hat sich das Zentrum ernstlich dem Vaterland zur Verfügung gestellt, unbekümmert um den oft genug aus den eigenen Reihen kommenden Rat, endlich auch einmal den anderen diese Würde zu überlassen. Das Zentrum hat aber niemals seine politische Haltung von parteipolitischen Gesichtspunkten abhängig gemacht, sondern es hat im ehesten und edelsten Sinne des Wortes zu jeder Zeit Staatspolitik getrieben.

Die jüngsten Reichstagswahlen haben das Zentrum in alter Stärke wieder in den Reichstag gebracht, indessen wird nicht daran vorübergegangen werden können, die inneren organisatorischen Verhältnisse der Partei einer gründlichen Nachprüfung zu unterziehen. Gerade in dieser Hinsicht erwarten wir von dem kommenden Reichsparteitag einen ganz besonderen Erfolg für die Festigung und Verankerung der Partei im ganzen Lande.

Die innere Geschlossenheit der Partei steht nach all den Stürmen, die sie bisher überdauert haben, und deren schärfster bei den Reichstagswahlen am 4. Mai grundsätzlich abgeschlagen worden ist, außer allem Zweifel. Doch wäre es ein verhängnisvoller Fehler, wollte man sich mit dieser Feststellung begnügen. Ganz im Gegenteil: Man muß nun erst recht auch auf eine Erweiterung der Basis der Partei Bedacht nehmen und die dafür erforderlichen Voraussetzungen durch eine strenge Selbstprüfung und eine, wenn es sein muß, schonungslose Gewissensrechtforschung schaffen. Dazu wird der Reichsparteitag gründlich Gelegenheit geben. Er wird voraussichtlich derart konstruiert, daß den Erörterungen über die innere Lage der Partei, über den Stand ihrer Organisationen im ganzen Lande und über die Möglichkeiten einer weiteren Werbung größter Spielraum gewährt wird. Die Erörterung grundsätzlicher Fragen der Partei auf politischen, sozialen und kulturellem Gebiet wird dabei gewiß nicht in den Hintergrund zu treten brauchen. Des Weiteren wird der Reichsparteitag sich mit dem zur Zeit wohl wichtigsten Jugendproblem zu beschäftigen haben. Vordringlich wird dabei aber auch die weitere Heranziehung der Akademiker zur Mitarbeit bei der Partei sein müssen. Dazu bei allem mit einer der bedeutendsten Fragen dienten der engen Verbindung zwischen Partei und Presse ist, liegt auf der Hand, angesichts der Bedeutung, die die Presse als deitler Regierungsfaktor neben Regierung und Parlament im parlamentarischen System genügt.

Der kommende Reichsparteitag des Zentrums wird eine hohe und bedeutungsvolle Aufgabe zu erfüllen haben. Wir haben das Zutrauen, daß die für die Zukunft der Partei wichtige und geradezu entscheidende Tagung schon jetzt im ganzen Lande so vorbereitet wird, daß mit den Interessen der Partei auch den Interessen von Volk und Vaterland gedielt wird.

## Was zuerst notwendig ist

Berlin, 2. Juli. Die deutschationale Reichstagsfraktion hat im Reichstag eine Interpellation eingebrochen, die sich mit der Wirtschaftskrisis befaßt. Zunächst wird festgestellt, daß die Gewinnschwäche dieser Krisis in dem außenpolitischen Druck, in den unerträglichen Kriegsabzügen und in der Inflationswirtschaft zu suchen sei. In letzter Zeit sei jedoch die Krise gezeigt worden durch die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Reichsregierung. Der Steuerpolitik der Reichsregierung wird vorgeworfen, daß sie den Bogen überspanne. Die Steuern würden jetzt nicht mehr aus den Ersparnissen, sondern aus dem Vermögen bezahlt. Von der Reichsregierung werden vorübergehende Maßnahmen, vor allem Steueränderungen für die Wirtschaftswirtschaft verlangt. Gestadelt wird in der deutschationalen Interpellation sodann die Kreditpolitik der Reichsbank, die den Umlauf an Zahlungsmitteln weit über das banktechnisch gebotene Maß hinaus einschränkt. Der Umlauf an Zahlungsmitteln sei besonders in letzter Zeit stark eingeschränkt und dadurch die Kreditnot auf das äußerste gefestigt worden. Die Binswüche hätten infolgedessen eine unerträgliche Höhe erreicht. Dem erforderlichen Preisabbau ständen ferner die Finanz- und Tarifpolitik der Reichsbahndirektion sowie der Polizeiabteilung hindern entgegen. Räumlich die Frachtkräfte seien unzurechtig hoch. Ebenso verhalte es sich mit der Gebührenpolitik der Reichstelegraphen- und Telephonverwaltung. Die Reichsregierung wird zum Schluss gefragt, ob sie bereit sei, in eine eingehende Untersuchung der kritischen Lage der Wirtschaft unter Buzierung des Reichs sowie einiger wirtschaftlicher Sachverständiger einzutreten, schon vorher aber die schlimmsten Fehler in den Finanz- und Wirtschaftspolitik des Reiches abzustellen.

Diese Interpellation der Deutschnationalen ist insofern beachtenswert, als darin mit Recht festgestellt wird, daß die Gewinnschwäche der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in der Außenpolitik zu suchen sind. Gerade die Deutschnationalen waren es, die bisher immer den Vorwurf der Außenpolitik vor der Innenpolitik auf das lebhafte bestritten haben, auch noch zuletzt in der großen Aussprache über das Sachverständigenkollegium. Dagegen ist es falsch, wenn man glaubt, daß die Wirtschaftskrise durch die Maßnahmen der Reichsregierung gezeigt werden würde. Das Reichsfinanzministerium muß in sicherster Weise für Ordnung im Reichshaushalt sorgen, denn Unordnung im Haushalt würde sofort die Währung wieder in Gefahr bringen. Noch viel wichtiger sind die Maßnahmen der Reichsbank zum Schutz der deutschen Währung. Vorübergehende Erleichterungen wären sicherlich manchen Wirtschaftskräften namentlich der Industrie und der Landwirtschaft sehr erwünscht, aber die Folgen, die sich daraus ergeben würden, wären noch sehr viel schlimmer, als es das Festhalten an der Kreditinflationspolitik gegenüber der augenblicklichen Wirtschaftskrise bedeutet. Es ist zu bedenken, daß wir durchaus keine völlig stabilierte Währung haben. Mit vollem Recht wird im Sachverständigenkollegium die Währung wieder in Sicherheit gebracht werden müssen.

dengutachten festagt, daß die gegenwärtige Währung nicht in einem stabilen Zustande sei, sondern nur ein labiles Gleichgewicht besitzt. Um ein solch labiles Gleichgewicht zu zerstören, genügt bekanntlich der geringste Stoß. Auch diesen geringsten Stoß zu vermeiden, muß Aufgabe der Reichsbankleitung und des Finanzministeriums sein. Das hindert natürlich nicht, daß die Reichsbankleitung die Kreditverteilung in einer anderen Weise vornehmen könnte, als es manchmal geschehen ist. Es muß unbedingt verhindert werden, daß die Landwirtschaft für die Rentenbank in denselben Weise belastet werden soll, wie die Industrie. Es wäre daher gerecht, wenn nicht nur die Industrie mit Krediten bedacht werden würde, sondern wenn der Landwirtschaft mindestens ebenso hohe Kredite wie der Industrie gewährt würden. Fazit ist sodann die Schlusfolgerung, die die Deutschnationalen aus der Betrachtung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands gezogen haben. Notwendig ist nicht eine Unterfütterung der kritischen Lage. Diese ist uns und überwiegend auch dem Auslande nur zu gut bekannt. Erinnert sei an eine Neuherstellung des Münchener Professors der Nationalökonomie, Weber, wonach der gegenwärtige Zustand der deutschen Wirtschaft das beste Beispiel dafür ist, in welchem Zustand sich eine Volkswirtschaft unmittelbar vor dem Zusammenbruch befindet. Notwendig ist ferner nicht eine vorübergehende Abhilfe. Eine solche könnte das Nebel nur verschäumen. Die einzige Folgerung, die sich aus der Betrachtung der Lage ergibt, ist die absolutige Feststellung des außenpolitischen Drucks, der mit vollen Mitteln von den Deutschnationalen als einer der Hauptfaktoren der gegenwärtigen wirtschaftlichen Not Deutschlands bezeichnet worden ist. Folgerichtig müßten sich also die Deutschnationalen der Verständigungspolitik des Kabinetts Marx-Steinmann anschließen. Daß sie dies nicht getan haben, beweist nur die Informationslosigkeit ihrer Haltung. Gerade in den letzten Tagen haben die Deutschnationalen den Ton der Verständigung und des Entgegenkommens in der deutschen Antwortrede über die Militärkontrollfrage heftig verurteilt. Wie diese Haltung, die sich gegen jede Verständigung ausspielt, mit wirtschaftlichen Erwägungen zusammenstimmt, müssen wir den Deutschnationalen überlassen.

## Die Rückkehr der Ausgewiesenen

Berlin, 2. Juli. Der Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete hat u. a. folgendes beschlossen: Mit ihren Familien ausgewiesene Beamte, Angestellte und Arbeiter des Reiches, der Länder und Gemeinden, die im unbefestigten Gebiete eine entsprechende Wohnung und Beschäftigung haben, sind, soweit nicht ein dringendes Dienstinteresse entgegensteht,

Donnerstag, den 3. Juli 1924

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anz.-Aufträgen u. Leistung v. Schadenerfolg. Nicht unbedingt u. b. Fernpfeile übermittelte Angelegen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingefundene u. mit Rückporto nicht versehene Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde des Redakteurs 5 bis 6 Uhr nachmittags. Hauptherausgeber: Dr. Josef Alber, Dresden.

## Jur Neuordnung der Lichtspielzensur

Dem Reichstag liegt ein Antrag Dransfeld (3ir.) vor, der von der Reichsregierung eine baldige Nachprüfung des Lichtspielgesetzes vom 12. Mai 1920 verlangt, und zwar „im Sinne einer Dezentralisation des Prüfungswesens, einer Erweiterung der Befugnisse der Landeszentralbehörden und örtlichen Behörden, sowie eines verstärkten Schutzes unserer Jugend und Volkskultur.“ Auch der Abg. Mumm (Dn.) verlangt einen „Ausbau des Lichtspielgesetzes“. Das steht in Geltung befindliche Lichtspielgesetz, das seinerzeit von der Nationalversammlung in ziemlichem Eiltempo verabschiedet worden war, weist mancherlei Mängel auf, so daß schon aus diesem Grunde eine Novelle erforderlich ist. Wie die Filmsachprese meldet, hat das Reichsministerium des Innern bereits einen Entwurf ausgearbeitet, der demnächst dem Reichstag vorgelegt werden dürfte.

Was der Antrag Dransfeld fordert, geht natürlich weit über eine bloße Korrektur des Lichtspielgesetzes hinaus; er bezieht eine radikale Umgestaltung der Lichtspielzensur überhaupt. Die Sachprese ist darüber in großer Erregung geraten und spricht von einer beabsichtigten „Erdrosselung des Kinos“.

Davon kann natürlich keine Rede sein; der Antrag Dransfeld will lediglich im Interesse der geistigen und sittlichen Erziehung des Volkes und insbesondere der Jugend eine schärfere Bekämpfung von Schmutz und Schund, wodurch das anständige Lichtspielgewerbe in keiner Weise bestossen wird. Wenn es eine Dezentralisation des Prüfungswesens verlangt, so geschieht das aus dem Grunde, weil bei dem bisherigen Praxisverfahren — das bekanntlich der Hauptstelle nach in Berlin vorgenommen wird und zu einem geringen Teil in München — die Anschauungen der „Provinz“ nicht in gebührendem Maße zur Geltung kommen. Man wird doch nicht verkennen wollen, daß billigerweise auch der „Provinz“ ein Mitsimmungsrecht eingeräumt werden muß über das, was ihr und besonders ihrer Jugend in den Lichtspieltheatern geboten werden darf und was nicht. Gerade diejenigen, die sonst immer mit Bestrafung auf die demokratischen Errungenchaften im neuen Deutschland hinweisen, sollten die lehren, die sich dieser ziel demokratischen Forderung widersetzen. Sie ist ja wenigstens in der Idee schon in dem zur Zeit in Geltung befindlichen Gesetz enthalten: es sieht die Kammerprüfung vor, d. h. in allen Räumen, in denen der Bildstreich Anlaß zu Bedenken gibt, entscheidet nicht der Zensurbeamte allein, sondern unter seinem Vorst. eine Kammer mit vier Beisitzern, wovon einer dem Lichtspielgewerbe, einer der Kunst oder Literatur und zwei der Volkswohlfahrt bzw. Volksbildung nahestehen. Weshalb lehnt man den Gedanken, bei der Zensur auch Vertreter der sogenannten „Provinz“ mitwirken zu lassen, von vornherein so kategorisch ab? Verfürchtigt man, daß die „Provinz“ für gewisse „Freiheiten“ des Kinos nicht das nötige Verständnis aufbringen werde?

Man sollte sich hüten, aus der Frage der künstlerigen Gestaltung des Lichtspielgesetzes — an dessen Notwendigkeit kein ernst zu nehmender Mensch mehr zweifelt — eine parteipolitische Krise zu machen, wie das der sozialdemokratische Abgeordnete Steinhaus in Nr. 145 des „Filmkulturs“ tut, und zwar in einer Weise, die unseren schärfsten Widerspruch herausfordern muß. Herr Steinhaus wagt es — nachdem er sich über die „wahren Christen“ lustig gemacht hat — den Antrag Dransfeld folgendermaßen zu glossieren:

„Weshalb ist man nicht ganz offen und sagt, daß sämtliche katholischen Jungfrauen- und Junglingsvereine die örtlichen Zensurbehörden sein sollen? Weshalb sagt man nicht offen, daß man für sie die Befugnis wünscht, auch ausserhalb Filmen nach Belieben verbieten und das Theater schließen zu können, sobald der Jungling Hippolitus oder die Jungfrau Euphrosina auf höhere Anordnung der Aegernis genommen haben? Weshalb sagt man nicht offen, daß zum Schutz der Volkskultur jeder Film noch Meinung die Zensur ausgestellt werden muß, der es wagt, auf der Kinnumwand ein leisees Männlein oder lachendes Nänlein zu zeigen?“

Wir werden uns diese Glossen des Herrn Steinhaus, der nebenbei bemerkt, als Beisitzer bei der Oberprüfstelle fungiert, wohl merken; sie beweisen uns, daß der im Lichtspielgesetz vorgeschene Schutz des „religiösen Empfindens“ noch lange nicht ausreicht, wenn Leute von der Gewissenssorge des Herrn Steinhaus mit der Anwendung des Gesetzes beschäftigt sind. Darüber wird noch manches zu sagen sein, wenn dem Reichstag die angekündigte Novelle vorliegt.

erst zur Rückkehr verpflichtet, wenn eine ausreichende Wohnung und Beschäftigung zugewiesen werden kann. Die im besetzten Gebiete begonnenen Reichselgenen 1500 bis 2000 Wohnungsbauprojekte sind beschleunigt zu vollenden. Mittel sind bereitzustellen, ebenso erforderlich den Gemeinden zur Förderung des Wohnungsbaus Kredite zur Verfügung zu stellen.

Speyer, 2. Juli. Die französische Provinzialdelegation hat gestern der pfälzischen Kreisregierung eine Liste mit den Namen von 7000 Ausgewiesenen, darunter über 2000 Pfälzer, überstellt, deren Ausweisung endgültig zurückgenommen worden ist.